

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Szabados, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Bürgerinnen und Bürger,

zu Beginn meiner Rede möchte ich ihnen mitteilen, dass ich darauf verzichten werde auf die einzelnen Zahlenwerke im Verwaltungs- Vermögenshaushalt sowie auf die Darstellung des Investitionshaushaltes und auf die Landeszuweisungen einzugehen. Ich gehe davon aus, dass sie sich damit beschäftigt haben und das der eine oder andere Redner diese Zahlen sowieso noch beschreiben wird.

Also meine Damen und Herren

die Einbringung des Haushaltplanentwurfs im September dieses Jahres stellte ein Novum dar, denn endlich haben wir die reale Chance einen Haushalt zu verabschieden bevor das entsprechende Jahr begonnen hat. Die Hoffnung, dass auch die Genehmigung des Haushaltes noch in diesem Jahr erfolgt, wird die Arbeit vieler Menschen in unserer Stadt erleichtern.

Durch die Einbringung der Eckwerte, mit der Zielvorgabe den Fehlbedarf von 14,7 Mio. € nicht zu überschreiten, wurde die Arbeit der Stadträte sowie der Verwaltung im Zeitaufwand erheblich reduziert.

Statt zwei oder drei Lesungen erfolgte in den Fachausschüssen in der Regel eine Lesung, wobei man sich auf drei Hauptthemen für den Finanzausschuss verständigte. Die Erhöhung an Betriebskosten und Personalkosten wurden hinreichend erklärt. Zur Senkung der Telefon- und Postgebühren wurde bereits im Frühjahr der EB ZGM beauftragt Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Dies geschah leider bis heute nicht.

Erstmalig nähern wir uns auch scheinbar dem Grundsatz zur Bewirtschaftung der Ausgaben, nämlich die im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel müssen so verwaltet werden, dass sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die einzelnen Zweckbestimmungen fallen.

Leider hat sich dieser Grundsatz nicht in allen Fachbereichen herumgesprochen. So waren Sondersitzungen in den Ausschüssen notwendig, in denen die Vertreter

der Stadtverwaltung den Stadträten nicht plausibel ihren Haushaltsansatz erklären konnten.

Dies möchte ich an einigen Beispielen kurz erläutern

Das Opernhaus plant jedes Jahr Einsparungen von mehreren Hunderttausend Euro. Jedes Jahr wird aber auch ein Mehrbedarf von mehreren Hunderttausend Euro festgestellt.

Das zu einem.

Im Kulturausschuss zur Haushaltseinbringung wurden die Einplanung der Personalkosten unterschiedlichst dargestellt. Während die Verwaltung des Opernhauses Personalkosten für die Oper, die Staatskapelle und die Werkstätten bei Fortsetzung des Haustarifvertrages in Höhe von 22,1 Mio. € plante, stellte die Stadt in den Haushaltsentwurf eine Summe von 19,94 Mio. € ein, also eine Differenz von 2,19 Mio. €.

Ein Dilemma also, dass nur zum Teil in der Sondersitzung gelöst werden konnte.

Zum anderen haben wir überraschende Entwicklungen innerhalb der Kulturlandschaft zur Kenntnis nehmen dürfen.

So stand die Theaterwerkstatt in ihrer Auslastung im IST schon bei über 80% da. Mit dieser Kenntnis haben wir die bezweifelten Einnahmen nicht geändert.

Diese Veränderung ist schon bemerkenswert.

denn

Während in den letzten Jahren immer beklagt wurde, dass vor allem die kleinen Häuser an der Nichtauslastung der Werkstätten schuld waren, und man schon über einen Benutzerzwang nachdachte, scheint dieses Problem plötzlich wie weggeblasen obwohl Kulturinsel und das Thalia Theater nicht mehr als in den Vorjahren in der hiesigen Theaterwerkstatt produzieren ließen.

Auch schwer nachvollziehbar ist, wenn es zur Haushaltseinbringung heißt alle Bühnen werden ihr Ziel einnahmeseitig schaffen und deshalb könne man auch die eingestellten Summen so stehen lassen.

Und das vor dem Hintergrund, dass die Oper wie jedes Jahr eine halbe Million € mehr für ihren Haushalt braucht und die Jahresabschlüsse der kleinen Häuser nicht gerade rosig aussahen.

Wir werden uns überraschen lassen, ob die geplanten Zahlen auch der Realität entsprechen.

Auch im Jugendhilfebereich ,

sehr geehrte Damen und Herren

wurde der von der Verwaltung eingebrachte Haushaltsentwurf nach mehreren Sitzungen abgelehnt.

Bis zum heutigen Tage nicht nachvollziehbar sind Vorlagen der Stadtverwaltung mit unterschiedlichsten Zahlen zu Ist und Planzahlen.

Vor allem im Bereich der Hilfe zur Erziehung gab es außerplanmäßige Ausgaben in Millionen-Höhe. Die wären unseres Erachtens aber gar nicht notwendig gewesen, wenn die Stadtverwaltung mit „Augenmass“ gehandelt hätte, und die Ausgaben eingestellt hätte die für unsere Stadt realistisch gewesen wären.

Folge eines Fachkonzeptes im Bereich Kinder, Jugend und Familie welches eine Haushaltskonsolidierung im Bereich der HzE von 2 Mio. € bereits im Jahre 2007 vorgesehen hatte und gleichzeitig ein Beraterhonorar von 160.000 € für zwei Jahre zur Evaluation zur Verfügung stellte. Passiert ist nichts, es liegt weder ein Zwischenbericht vor, noch konnte das angestrebte Ziel erreicht werden.

In einer Stadt wo jedes vierte Kind unter der Armutsgrenze lebt, ist eine solche Einsparung ein Skandal. Was unter dem Druck eines solchen Planes heraus kommt, können wir bis zum heutigen Tag auch in der überregionalen Presse lesen.

Die Stadt hat einen zusätzlichen Imageschaden genommen.

Deswegen scheint auch die geplante Reduzierung der stationären Betreuung von Kindern und Jugendlichen an der Realität vorbei zu gehen.

Die Norm darf nicht die Quote sein, sondern der einzelne individuelle Fall. Und hier sind wir Politiker gefordert, wir müssen den Facheinrichtungen und deren Mitarbeitern die Mittel zur Verfügung stellen, die sie zum Wohle des Kindes und des Jugendlichen einsetzen. Wir dürfen nicht kurzfristig denken, den nahen Sparerfolg als Ziel im Blick haben. Wir müssen vielmehr an die Zukunft der Kinder und Jugendlichen denken, die auf Grund des Umfeldes gefährdet sind und sich nicht wie Gleichaltrige entwickeln können.

Deshalb werden wir einen Änderungsantrag zum Haushaltskonsolidierungskonzept stellen, die 4 Mio. aus der Haushaltskonsolidierung zu streichen.

Und meine

sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

nach all dem

wie realistisch sind die Haushaltszahlen, wie realistisch sind die gesetzten Sparziele überhaupt? Ich frage deshalb, weil wir jedes Jahr Nachtragshaushalte abschließen müssen, weil wir jedes Jahr in verschiedenen Fachbereichen einen Mehrbedarf von mehreren Millionen Euro nachgereicht bekommen. Die Haushaltskonsolidierung verschleppt sich von einem Jahr zum Nächsten. Parkeisenbahn, Bäder, Oper, Händelhalle reihen sich – neben HzE - nahtlos in die Kette der nicht eingelösten Sparziele ein. Über die eingelösten Sparziele, nämlich die im Personalwesen müssen wir nicht mehr reden. Aber erwähnt sei dennoch, dass es **nun** endlich nach Jahren zur Einlösung eines Personalentwicklungskonzeptes gekommen ist. Aber diese eingelösten Sparziele reichen bei weitem nicht, das strukturelle Haushaltsdefizit zu senken und das Altdefizit abzubauen.

Hier geht es um einen tatsächlichen Abbau, der im Konzept des Altdefizites dargestellt werden soll.

Unseres Erachtens wird in dem jetzt dargestellten Konzept und mit den Veränderungen an unserer Situation nichts verändert. Man hätte den Mut haben müssen sich entweder für den Verkauf von einer kommunalen Gesellschaft zu entscheiden oder sich dann vom anderen Tafelsilber der Stadt zu trennen. Wir denken, dass wir zukünftig nicht darum herum kommen.

deshalb

Sehr geehrte Damen und Herren,

hat unsere Fraktion den Antrag der CDU zur Ausschreibung Verkauf des PKH ganz bewusst unterstützt.

Denn das Psychiatrische Krankenhaus soll verkauft werden, **damit** der Erlös zur Haushaltskonsolidierung beiträgt. Aber im Vorschlag der Stadtverwaltung soll der bevorzugte Käufer das Riebeck-Stift sein, dessen hundertprozentiger Träger wir die Stadt Halle sind. Mit der vorgeschlagenen Variante wären die anderen hiesigen Träger ausgeschlossen gewesen und ein tatsächlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung fraglich.

Das breiteste Angebot aber an Varianten der Verschiebung von Vermögenswerten geben die Pläne zu unseren Wohnungsgesellschaften ab.

Zuerst sollten sich GWG und HWG gegenseitig Anteile abkaufen und diese Käufe kreditfinanziert tätigen. Der Erlös sollte das Defizit abbauen helfen.

Dann seit dem das Gutachten der **Gesellschaft** auf dem Tisch liegt, heißt das Zauberwort **sale-lease-back**. Wohnungen werden verkauft und über Leasing in den Bestand der Gesellschaften wieder zurückgeholt. Natürlich mit einer erheblich höheren Belastung für die Wohnungsunternehmen, der Käufer will schließlich Gewinne sehen. Ein Verfahren das unter Fachleuten sehr umstritten ist. Denn Firmen die das sale-lease-back-System nutzen, verwenden dafür in der Regel keine Vermögenswerte die den eigentlichen Geschäftsgegenstand betreffen. Aber Geschäftsgrundlage für GWG und HWG sind die Immobilien.

Derartige Transaktionen – mit den festgeschriebenen Gewinnabführungen - werden GWG und HWG stärker schwächen als es die Verkaufszahlen jetzt vermuten lassen. Ein späterer Komplettverkauf wird dann nur unter dem Eindruck von Wertverlust und geringerer Attraktivität durchführbar sein.

Aber aktuell schlägt sich der Wertverlust auch in der Bonität der Gesellschaften nieder. Notwendige Investitionskredite drohen teurer zu werden. Hinzu kommen durch das Leasinggeschäft Verpflichtungen, die die Gesellschaften auf der Ausgabenseite langfristig und erheblich belasten.

Hier stellt sich für die Frage,

Sind dann die Gewinnausschüttungen an die Stadtkasse in der geplanten Höhe überhaupt noch zu realisieren?

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte

***für einen Verkauf einer der beiden Wohnungsgesellschaften lässt sich keine Mehrheit finden. Einer der teuersten Vermieter unserer Stadt soll sozialen Wohnraum vorhalten und den Markt regulieren. Die HWG soll städteplanerische Akzente setzen stattdessen verfallen immer noch ein Teil der Häuser, weil die Gesellschaft nicht genügend Geld für Investitionen zur Verfügung hat und ein Konzept zu den Riebecktürmen lässt immer noch auf sich warten.***

Und wenn die geplanten Teil-Verkäufe umgesetzt werden, sollten wir erneut über eine Fusion von GWG und HWG nachdenken. Denn unsere Stadt braucht starke Unternehmen mit zuverlässigen Geschäftsergebnissen zu Gunsten unserer Stadt

und des angestrebten Sparzieles.

Die letzten Ausführungen nötigen uns folgende Fragen auf:

Wie gehen wir mit Vermögenswerten unserer Stadt um? Stärken, vermehren wir sie? Machen wir es zukunftsfähig für nachkommende Generationen? Wie gut stehen unsere Unternehmen da, wie sind sie gerüstet für die nächsten Jahrzehnte. Werden sie die erwarteten Gewinne erwirtschaften? Bei der EVH müssen wir bereits jetzt erhebliche Verluste in unserem aktuellen Haushalt berücksichtigen. Das Maya Mare ist nach über zehn Jahren noch immer auf Zuschüsse angewiesen. Die HAVAG übernimmt den Peißnitzexpress. Die Subventionen an die HAVAG können wir aber nicht senken.

Der Druck des Landesverwaltungsamtes wird auch in den nächsten Jahren anhalten. Wir müssen weiter über Sparkonzepte nachdenken. Aber denken wir dabei auch über die Gestaltung unserer Stadt nach. Wo wollen wir hin, was wollen wir erreichen. Auf welche Schwerpunkte in der Entwicklung unserer Stadt setzen wir? Bei all den Diskussionen um Sparen, Verkauf und Kürzungen kann ich keine Antworten darauf finden. Denn mit dem heutigen aufgeweichten Beschluss zum Abbau der Altdefizite, welche Position es auch immer betrifft, machen wir nichts anderes als die Jahre davor.

Haushaltsplanung

meine sehr geehrten Damen und Herren  
ist eben nicht nur ein trockenes Schieben von Zahlen für kühle Rechner.  
Haushaltsplanung ist auch Zukunftsplanung. Und genau die Planung der Zukunft kommt mir oft zu kurz.

Die Aufrechterhaltung der kommunalen Selbstverwaltung und die Beseitigung der Defizite wird uns immer weiter beschäftigen, denn am Ende haben wir die Verantwortung mit der Wahl in den Stadtrat übernommen, nicht nur eine drohende Zwangsverwaltung abzuwenden, sondern auf das Geschehen in unserer Stadt Einfluss zuzunehmen, sie zu gestalten und sie zukunftsfähig zu machen.

Wir möchten den Mitarbeitern der Stadtverwaltung danken, vor allem aber Frau Beßler die uns unter vielen anderem immer mit kleinen Leckereien bei der Stange

hält.

Vielen Dank auch für ihre Aufmerksamkeit.